

Ratsnotizen vom 04. Februar 2021 (Teil II)

Anträge und Anfragen aus dem Gemeinderat zum Haushalt 2021: 53 Anträge und 14 Anfragen stellten die Fraktionen des Kernener Gemeinderats zum Haushalt 2021. In der Sitzung wurden alle Anfragen schriftlich beantwortet vorgelegt. 21 Anträge wurden bereits vor oder während der Sitzung zurückgezogen. Die beschlossenen Anträge finden Sie im Folgenden aufgelistet.

Hangweide als Wohnraum insbesondere auch für Kernenerinnen und Kernener

Die CDU-Fraktion beantragt, zu prüfen, auf welche Weise sichergestellt werden kann, dass insbesondere Bürgerinnen und Bürger aus Kernen von Immobilien auf der Hangweide profitieren können. Mit großer Mehrheit votierte das Gremium für diesen Vorschlag. So wurde die Verwaltung beauftragt, mit den Projektpartnern rechtliche und organisatorische Möglichkeiten zu prüfen, um der ansässigen Bevölkerung Zugang zu Wohnraum auf der Hangweide zu ermöglichen.

Wohnungstauschbörse mit Nachbarkommunen angestrebt

Einstimmig votierte das Gremium für den CDU-Antrag, dass die Verwaltung Gespräche mit Nachbarkommunen in Hinblick auf die Einrichtung einer gemeinsamen Wohnungstauschbörse aufnimmt.

Mitarbeiter auf 450-Euro-Basis für mehr Kontrolle in den Weinbergen

Ein Mitarbeiter auf 450-Euro-Basis soll den Gemeindevollzugsdienst in den Sommermonaten zukünftig unterstützen und entlasten. Wöchentlich wäre die Zusatzperson etwa sechs Stunden im Dienst. Sie könnte an den Wochenenden insbesondere Parkverstöße in den Weinbergen, vor allem im Bereich der Kugelbahn sowie innerorts in Stetten überprüfen. Mehrheitlich stimmte das Gremium diesem CDU-Antrag zu.

Die Notwendigkeit einer weiteren Wasserentnahmestelle für die Landwirtschaft wird beobachtet

Die CDU beantragte, eine weitere Wasserentnahmestellen zu schaffen, welche die Situation für die Landwirte und Wengerter verbessern könnte. Die Verwaltung steht diesem Vorschlag aufgeschlossen gegenüber, empfahl dem Gremium jedoch,

zunächst die Situation in den kommenden Jahren zu beobachten. Derzeit stehen drei Entnahmestellen zur Verfügung. Bei der Einrichtung einer vierten gelte es zu beachten, dass der Betrieb solcher Anlagen nur mit Quell-oder Grundwasser wirtschaftlich ist. Auch das Thema Grundwasserabsenkung sei zu betrachten. Die Verwaltung wird einen möglichen Standort prüfen. Das Gremium stimmte mit großer Mehrheit dafür.

Ehrenamtsmesse soll Nachwuchsmangel in den Vereinen entgegenwirken

Die Verwaltung soll auf Antrag der CDU-Fraktion eine Konzeption für eine Ehrenamtsmesse erarbeiten und diese organisieren. Da dies erst möglich sei, wenn das entsprechende Sachgebiet im Hauptamt wieder besetzt ist, schlug die Verwaltung vor, die Messe für das Jahr 2022 vorzusehen. Das Gremium votierte mehrheitlich dafür. Ziel dieser Messe soll sein, dem Nachwuchsmangel in den Vereinen zu begegnen und den Vereinen eine Plattform zur Präsentation zu bieten.

Alternativen für Recyclinghof-Standort gesucht

Immer wieder kommt es beim jetzigen Standort in der Seestraße bei der Anlieferung zu Rückstaus und zu Reibereien zwischen Bürgern und dem Dienstpersonal. Mit großer Mehrheit stimmte das Gremium deshalb für den Antrag der CDU-Fraktion, Alternativstandorte für den Recyclinghof zu prüfen. Des Weiteren soll die Verwaltung darlegen, welche Möglichkeiten es gäbe, die derzeitige Verkehrssituation zu verbessern. Die Verwaltung hat bereits Gespräche mit den unmittelbaren Anliegern geführt. Mögliche Standortbetrachtungen und damit verbundene baurechtliche Erfordernisse (Bebauungsplan) werden geprüft. Zudem sind neue Verkehrs- und Straßenführungen zum bestehenden Standort seitens der Gemeindeverwaltung bereits in Prüfung.

Zusätzliche Finanzmittel für Grabungsfunde Klosterstraße sollen geprüft werden

Für die wissenschaftliche Untersuchung der Grabungsfunde „Wasserburg Stetten“ in der Klosterstraße sind erforderliche Finanzmittel in Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege zu ermitteln. Einstimmig unterstützte das Gremium den CDU-Antrag und gab der Verwaltung den Prüfauftrag.

Insektenschutz soll weiter verbessert werden

Eine Mehrheit fand auch der CDU-Antrag, die Verwaltung solle die im Gemeinderat beschlossenen Maßnahmen zum Insektenschutz nachhaltig umsetzen sowie weitere Maßnahmen ergreifen, die dem Schutz von Nützlingen und insbesondere der Bienen und Wildbienen dienen. Die Verwaltung hatte zuletzt am 18. März 2020 das Gremium über den aktuellen Umsetzungsstand bei den Blühflächen berichtet. In den letzten Jahren wurden Flächen in einer Größenordnung von ca. 13 Hektar als Blühbrache und in Teilen als Blumenwiese angesät. Die Kosten für die Bereitstellung, Pflege und entgangenem Gewinn für die bereitgestellten Flächen belaufen sich auf ca. 17.000 bis 22.000 Euro. Auch im Rahmen von erforderlichen Ausgleichsmaßnahmen wurden Flächen zu Blüharealen optimiert (z.B. Sortengarten Röhrach). Des Weiteren wurde zur Remstal Gartenschau 2019 vom Imkerverein Waiblingen zusammen mit dem Landesverband Württembergischer Imker ein großes Blühflächenprojekt initiiert. Die Gemeinde Kernen beteiligte sich daran mit Ansaatflächen in einer Größenordnung von ca. 1.700 m². Die Kosten für die Unterhaltung belaufen sich auf etwa 5.000 bis 7.000 Euro im Jahr. Die Verwaltung will versuchen, die Thematik weiter zu verfolgen und Haupt- und Ehrenamt zu verzahnen. Auch könnte das Thema im Rahmen des Runden Tisches Landwirtschaft aufgegriffen werden.

Stand der Notfallplanung der Gemeinde soll offengelegt werden

Mit großer Mehrheit votierte das Gremium ebenso für den CDU-Antrag, die Gemeinde solle über den aktuellen Stand der Notfallplanung und den Kostenrahmen berichten. Bereits 2017 hatten CDU, UFW und SPD gefordert, eine kommunale Notfallplanung für verschiedene Krisenszenarien, etwa bei einem länger andauernden Stromausfall, zu erstellen. Der Gefahrenereinsatzplan für die Gemeinde Kernen im Remstal wurde im Frühjahr 2018 erstellt und im Verwaltungsausschuss vorgestellt. Er umfasst unter anderem die Besetzung des Verwaltungs- und Führungsstabs und die Aufgabenverteilung, die Festlegung der Gebäude zur Notfallunterbringung, die Versorgung der Bevölkerung und das Einrichten von Anlaufstellen sowie benötigte Fahrzeuge (Gemeinde, Bauhof, FFW) und den eventuellen Treibstoffbedarf. Die Beauftragung einer Bestandsaufnahme und eines Notstromkonzept für mehrere Gebäude, sowie die Wasser- und Abwasserversorgung ist erfolgt. Die endgültige Kostenschätzung steht noch aus, sie wurde von Verwaltungsseite erneut angefragt. Sobald diese vorliegt wird

dem Gemeinderat die Gesamtkonzeption vorgestellt und werden die Kosten benannt.

Virtuelle Panoramatour BW 360 wird geprüft

Um die Attraktivität der Gemeinde zu steigern und den Tourismus zu fördern, sollen virtuelle Panoramatouren auf der Homepage eingestellt werden. Die CDU-Fraktion hatte beantragt, die entsprechenden Möglichkeiten für die Gemeinde zu prüfen. Mehrheitlich stimmte das Gremium diesem Antrag zu. Die Verwaltung hat bereits ein entsprechendes Angebot für das sogenannte „BW 360 Grad“-Modell eingeholt. Demnach wären für die Einrichtung knapp 6.000 Euro und für das jährliche Hosting rund 200 Euro notwendig. Die Verwaltung will das Projekt gerne im Zusammenhang mit einem noch zu erstellenden Marketing-Konzept der Gemeinde angehen.

Regenrückhaltebecken „Katzen“ wird einige Monate außer Betrieb genommen

Einstimmig votierte das Gremium für den Antrag der CDU-Fraktion, das Regenrückhaltebecken Katzen zu sanieren. Wie die Verwaltung mitteilte, muss das Rückhaltebecken aus Betriebsgründen (Entfernen der Sedimente) und für Gehölzpflegemaßnahmen außer Betrieb genommen werden. Ein Ablassen muss in Absprache mit der Unteren Naturschutzbehörde (Landratsamt) erfolgen. Zeitlich machen Auflagen in Bezug auf den Amphibienschutz usw. ein Ablassen erst im August bzw. September 2021 möglich. In dem Zuge kann dann auch der Einlaufbereich saniert werden. Das Becken dient auch als Retentionsausgleich in Bezug auf den Hochwasserschutz. Technisch erforderliche Maßnahmen am Einlaufbauwerk (z.B. Abflussdrosselung) werden in dem Rahmen ebenfalls durchgeführt. Die Gesamtkosten werden auf ca. 15.000 Euro geschätzt. Das Becken wird nach dem Ablassen für die Dauer von etwa drei bis vier Monaten außer Betrieb bleiben.

Wasserinne entlang der verlängerten Jägerstraße wird nicht verfüllt

Die CDU-Fraktion hatte beantragt, die Wasserinne entlang der verlängerten Jägerstraße verfüllen zu lassen, da die Rinne aktuell eine Unfallgefahr darstelle. Das Gremium sah die Gefahr an dieser Stelle nicht und befürchtete vielmehr dass eine Abdeckung regelmäßige Reinigungsarbeiten nach sich ziehe. Mehrheitlich lehnte das Gremium den Antrag ab.

Jugendforum soll in der zweiten Jahreshälfte 2021 stattfinden

Gemeinsam stellten die CDU-, OGL- und SPD-Fraktion den Antrag, in der zweiten Jahreshälfte 2021 ein Jugendforum zu veranstalten, das vom Team des Mobilen Jugendreferats (MJR) vorbereitet und von diesen in Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung und Vertretern aller fünf Gemeinderatsfraktionen stattfinden wird. Ziel des Forums solle sein, die Jugendlichen in die Kommunalpolitik einzubinden. Die Gemeinde Kernen hat sich bereits für das „Projekt jungsein in Kommunen“ (PjuK) des Sozialministeriums Baden-Württemberg für die Praxisphase beworben und hierzu bereits eine mündliche Zusage erhalten. Im Rahmen dieses Projekts ist für das zweite Halbjahr 2021 ein sogenanntes Jugendhearing vorgesehen. Im Vorfeld dazu sind zusätzliche Experteninterviews eingeplant. Die detaillierte Vorstellung des Projekts erfolgt im Gemeinderat mit seinem Projektstart im März / April 2021. Ein Teil des Gremiums hielt den Antrag für hinfällig, da das Projekt von Verwaltungsseite bereits angegangen wird. Unterm Strich stimmte das Gremium dem Antrag aber mehrheitlich zu.

Neue Lautsprecheranlage für den Friedhof Stetten

Der Neue Friedhof im Ortsteil Stetten erhält eine neue Lautsprecheranlage. Einstimmig votierte das Gremium für den Antrag der UfW-Fraktion. Die Verwaltung, die bislang keine Kenntnis hatte von einer schlechten Klangqualität und Ausfällen der Anlage, hat bereits eine entsprechende Prüfung beauftragt. Die Ergebnisse bestätigten den schlechten Zustand der Anlage. Die Kosten für eine neue Lautsprecheranlage belaufen sich auf rund 7.000 bis 9.000 Euro.

Parkierungskonzept rund um den Friedhof Rommelshausen gefordert

Die UfW-Fraktion hatte beantragt, in der Friedhofstraße neue Längsparkplätze gegenüber der Friedhofsmauer anzulegen und die Markierungen der bestehenden Parkplätze gegenüber dem Haupteingang des Friedhofes zu erneuern; wobei auf eine Mindestparkplatzbreite von 2,50 Meter zu achten sei. Das Gremium unterstützte mehrheitlich den Antrag, ein Konzept zu erstellen, das am Standort Friedhof und Haldenschule alle Parkbedürfnisse von Anliegern, Berufspendlern und Friedhofsbesuchern berücksichtigt. Wie die Verwaltung mitteilte, wird der Bereich im Rahmen der Umbaumaßnahmen des Schulcampus Haldenschule tangiert

werden. Interimsweise könnten gegebenenfalls in der Friedhofstraße einige zusätzliche Parkplätze beschildert werden. Das Erneuern der Markierung auf dem bestehenden Parkplatzbereich soll im Frühjahr 2021 erfolgen. Die Verwaltung verwies zudem darauf, dass seit Fertigstellung der Neubauten in der Friedhofstraße dort zusätzliche 28 öffentliche Stellplätze zur Verfügung stehen. Mit den weiteren Parkflächen am unteren Eingang (Weihergraben) ist die Verwaltung der Meinung, es gebe eine zufriedenstellende Lösung für alle Beteiligten. Die Mehrheit im Gremium sah dies nicht so. Insbesondere bei Beerdigungen werden die Parkmöglichkeiten knapp, was sich beispielsweise wiederum negativ auf die Zugänglichkeit der landwirtschaftlichen Flächen auswirke.

Parkplatzbestand soll erfasst und eine Parkraum-Konzeption erarbeitet werden

Den Gesamtbestand der Parkplätze in Kernen zu erfassen, Ideen zur Verbesserung des ruhenden Verkehrs zu entwickeln und eine Parkraum-Konzeption auszuarbeiten, war ein weiterer Antrag der UfW-Fraktion. Die Verwaltung will ein Konzept zum Gesamthema „Mobilität und Klima“ beauftragen. In diesem Rahmen wird die Situation des ruhenden Verkehrs betrachtet und in das Konzept aufgenommen. Das Gremium stimmte diesem Vorschlag und damit dem Antrag einstimmig zu.

Mitgliedschaft im der Regio Stuttgart Marketing und Tourismus e.V. soll geprüft werden

Eine zu prüfende Mitgliedschaft in der Regio Stuttgart Marketing und Tourismus e. V., wie die UfW-Fraktion beantragte, fand ebenfalls eine zustimmende Mehrheit im Gremium. Aktuell wird das touristische Angebot der Gemeinde Kernen bereits via der bestehenden Mitgliedschaft beim Verein „Remstal Tourismus“ über die Regio Stuttgart Marketing und Tourismus GmbH mit vermarktet und beworben, ohne dass zusätzliche Mitgliedsbeiträge für die direkte Mitgliedschaft bei der RSMT entstehen.

Die Gemeindeverwaltung plant die Erstellung einer eigenen Tourismuskonzeption; im Rahmen der Erarbeitung dieser Konzeption werden auch die Vor- und Nachteile einer mit Kosten im vierstelligen Bereich verbundenen direkten Mitgliedschaft bei der Regio Stuttgart Marketing und Tourismus GmbH betrachtet und bewertet. Ob der Antrag noch im Jahr 2021 erledigt werden kann, ist nicht sicher.

Wanderwegsbeschilderung wird verbessert

Auf gemeinsamen Antrag der UfW- und SPD-Fraktionen wird der Wanderweg vom Ortsende Rommelshausen bis zum Blauen Loch kinderwagenfreundlich ausgebaut und der Weg vom Bahnhof Rommelshausen bis zum „Kernen“ besser ausgeschildert. Das Gremium votierte einstimmig dafür.

Kurzparkzone in Stetten soll ausgeweitet werden geplant

Bislang besteht in der Ortsmitte Stetten im Bereich des Rewe-Markts eine Kurzparkzone. Diese soll auf Antrag der SPD-Fraktion ausgedehnt werden. Unter anderem umfasste der Vorschlag, dass auf dem Parkplatz am Sportplatz sowie in der Kirchstraße weitere Zeitbegrenzungen eingeführt werden sollten. Eine generelle Erweiterung der Kurzparkzone im Bereich der Kirchstraße wird von Verwaltungsseite befürwortet, und zwar zeitlich angepasst an die bereits vorhandenen Begrenzungen von 7 bis 19 Uhr. Eine Kurzparkzone auf dem Sportplatz-Parkplatz wird jedoch eher kritisch gesehen, denn dann stünden im Ortskern keine Parkflächen mehr ohne Zeitbefristung zur Verfügung – beispielsweise für Besucher und Angestellte der anliegenden Geschäfte, Praxen oder des Kinderhauses. Da der ruhende Verkehr Teil des Gesamtkonzepts „Mobilität und Klima“ sein soll, bat die Verwaltung das Konzept abzuwarten. Das Gremium folgte mit großer Mehrheit diesem Vorschlag. Die Gemeinde wurde somit beauftragt, beim Landratsamt entlang der Kirchstraße die Einführung einer Kurzparkzone zu beantragen. Für die Kunden der Post sollen interimswise zwei Parkplätze mit Zeitbefristung auf dem Sportplatz-Parkplatz ausgewiesen werden.

Werbeaktion für die Installation von Fotovoltaik-Anlagen geplant

Zusammen mit der Energieagentur Rems-Murr und dem Remstalwerk wird die Gemeinde eine Werbeaktion starten, mit dem Ziel, Hauseigentümer zur Installation von Fotovoltaik-Anlagen zu motivieren. Die SPD-Fraktion will mit ihrem Antrag den Einsatz erneuerbarer Energien fördern. Das Gremium war einstimmig dafür.

Beweidung: Maximale Förderfläche wird verdoppelt, Zuschüsse bleiben gedeckelt

Abgelehnt wurde zunächst der Antrag der OGL-Fraktion, die bestehende Deckelung der Zuschüsse für Beweidung von Streuobstwiesen auf Kernener Markung aufzuheben. Die Verwaltung begrüßt ausdrücklich den im Gremium im Zuge der Diskussion geäußerten Vorschlag, aus Sicht des

Landschaftsschutzes, größere und auch mehr Flächen zu beweiden. Im Haushalt 2020 waren bislang 15.000 Euro Zuschussgelder eingestellt, die allerdings nicht komplett abgerufen wurden. Einstimmig votierte das Gremium dem geänderten Verwaltungsvorschlag zu, den gedeckelten Beitrag der Fördergelder beizubehalten, dafür jedoch die maximal zuschussfähige Förderfläche von ½ Hektar auf einen ganzen Hektar Größe zu verdoppeln.

Biotop-Vernetzung als Baustein des Ökokontos

Im März 2020 wurde erstmals das Thema Ökokonto im Gemeinderat behandelt und dessen Einrichtung auf den Weg gebracht. In diesem Zuge soll als Baustein auch das Thema der Vernetzung von Biotopen, von Landschaftsschutzgebieten und somit auch von Habitaten betrachtet werden. Die OGL-Fraktion hatte hierzu einen entsprechenden Antrag gestellt, der volle Zustimmung aus dem Gremium erhielt. Die Ausarbeitung des Ökokontos erfolgt in Zusammenarbeit mit dem Landschaftserhaltungsverband Rems-Murr. Die Verwaltung wird den aktuellen Planungsstand zeitnah im Gremium vorstellen.

Installation von Fotovoltaik-Anlagen sollen gefördert werden

Die Verwaltung begrüßt die verstärkte solare Nutzung von öffentlichen und privaten Dachflächen und will deren Ausbau fördern. Die OGL-Fraktion hatte beantragt, ein entsprechendes Förderkonzept zu entwickeln und erhielt hierfür auch aus dem Gremium volle Zustimmung. Die Gemeinde wird den Vorschlag im Rahmen des geplanten Klimaschutzkonzepts als Baustein aufgreifen.

Kein frei zugängliches Beachvolleyballfeld geplant

Abgelehnt wurde mehrheitlich der Antrag der OGL-Fraktion, zusätzlich zu den bestehenden Beachvolleyball-Feldern (Römer Bad und Sportplatz Stetten) noch ein frei zugängliches Spielfeld zu erreichen. Der Antrag fand im Gremium keine Mehrheit. Vielmehr teilte das Gremium die Meinung der Verwaltung, dass das Sportangebot in Kernen bereits einen sehr hohen Standard aufweise und man keinen dringenden Handlungsbedarf für ein weiteres Feld sehe, zumal die Pflege eines solchen Feldes rund 10.000 Euro jährlich kosten könne.

Der Schnitt von Obstbäumen soll gefördert werden

Der fachgerechte Schnitt von Obstbäumen sorgt für vitale und stabile Bäume. Die OGL-Fraktion forderte deshalb, dass dieser Baumschnitt gefördert werden soll. Bis vor zehn Jahren bestand in Kernen ein entsprechendes Förderangebot, das alle zwei Jahre den Baumschnitt bezuschusste. Das Gremium votierte mehrheitlich dafür, dass dieses Programm wieder aufgegriffen wird. Hierfür werden jährlich Kosten in Höhe von 3.000 Euro eingestellt.

Externer Dienstleister „Fokus-Beratung Klimaschutz“ soll beauftragt werden

Als erste Grundlage für das Klimaschutzkonzept, das die Verwaltung auf den Weg bringen will, wird ein Dienstleister mit sogenannter „Fokus-Beratung Klimaschutz“ beauftragt werden. Mit großer Mehrheit stimmte das Gremium dem Antrag der OGL-Fraktion zu. Die Verwaltung hat bereits Angebote für eine solche Fokusberatung eingeholt. Die Beratung wird sich über einen Zeitraum von zwölf bis 14 Monate erstrecken und beinhaltet eine aktive Beteiligung der Öffentlichkeit. Bereits aus diesem Prozess heraus sollen konkrete Klimaschutzkonzepte zur Umsetzung resultieren. Die Kosten belaufen sich auf 20.000 Euro, 65 Prozent davon können durch den Bund gefördert werden.

Zustand der Quellen wird überprüft

Einstimmig votierte das Gremium für den OGL-Antrag, dass die Verwaltung den Zustand, der im Jahr 2000 aufgehobenen Quellen in den Stäudlen und Hintere Klinge sowie die Quellen im Tal auf deren Zustand (Verbau und Ertrag) überprüft und diese, wenn möglich wieder einer Nutzung zuführt. Zur Beurteilung muss ein Fachbüro hinzugezogen werden. Anfragen laufen bereits. Die Verwaltung wird über die Ergebnisse berichten.

Keine Historiker-basierte Jubiläumspublikation

Anlässlich des fünfzigjährigen Bestehens der Gemeinde Kernen im Jahr 2025 hatte die OGL-Fraktion beantragt, einen Historiker der Neueren Geschichte mit der Erstellung einer Publikation zu beauftragen. Das Gremium lehnte dies ab und favorisiert stattdessen den Vorschlag der Verwaltung, Publikationen zu veröffentlichen, die für eine breite Bevölkerung interessant sind und das Zusammenwachsen der beiden Ortsteile fördern könnte. Denkbar wären Bildbände mit Geschichten aus der

Bevölkerung oder ein Magazin in Zusammenarbeit mit Vereinen.

Kauf weiterer Seitenradar-Geräte abgelehnt

Derzeit verfügt die Gemeinde über drei Geschwindigkeitsdisplays sowie ein Seitenradargerät. Im laufenden Jahr sollen zwei weitere Displays folgen. Während die Displays die Verkehrsteilnehmer für das richtige Fahrverhalten sensibilisieren sollen, erfassen und sammeln die Seitenradare Daten zu Geschwindigkeiten, Verkehrsaufkommen, Anzahl der Fahrzeuge und auch Kfz-Typen. Das Seitenmessgerät wird vorrangig an den Ortsdurchfahrten eingesetzt. Die Verwaltung hält ein Gerät, das abwechselnd eingesetzt wird, für ausreichend. Mehrheitlich lehnte das Gremium deshalb den Antrag der OGL-Fraktion, weitere solcher Messgeräte anzuschaffen, ab.

Lokale Landwirtschaft soll den Bürgern näher gebracht werden

Einstimmig votierte das Gremium dafür, dass die Verwaltung ein Veranstaltungsformat entwickelt, das der Einwohnerschaft die lokale Landwirtschaft nahebringt. Hervor ging der von der Verwaltung modifizierte Vorschlag aus einem Antrag der OGL-Fraktion.

„Bürgerhaushalt“ kommt nicht

Der PFB-Antrag, für den Haushalt 2022 auch Vorschläge von Bürgern und Vereinen zuzulassen, erhielt im Gremium keine Mehrheit. Das Gremium befürchtet Frustrationen bei den Bürgern, wenn Wunschvorschläge nicht umgesetzt werden können. Ebenso war das Gremium der Meinung, dass die Einwohner und Vereine sich an die gewählten Bürgervertreter im Gemeinderat wenden können, um ihre Anliegen öffentlich zu verbreiten.